Herr Maleike verweist auf die ausführliche Vorlage. Ein Beschluss sei nur notwendig, sofern eine Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung erwünscht sei. In der Zwischenzeit habe die Stadt Lohmar weitere Auswertungen übersandt, welche als **Anlage 1** zur Niederschrift beigefügt sind.

Herr Utsch bedankt sich zunächst über die kurzfristige Beantwortung per E-Mail des ergänzenden Antrages der FDP „kommunalübergreifender Ordnungsaußendienst zur Abarbeitung von Ruhestörungen“ vom 14.09.2021 (siehe **Anlage 2** zur Niederschrift). Er bemängelt, dass ein Gesamtkonzept zur Aufrechterhaltung der allgemeinen öffentlichen Sicherheit in Eitorf fehle. Aktuell verfolge die Verwaltung mehrere voneinander unabhängige Maßnahmen (eigenes Personal, City Streife, KOD Lohmar). Er bitte um Rückmeldung, ob die Verwaltung hiermit zufrieden sei oder mittelfristig eigenes Personal aufgestockt werden sollte.

Herr Strausfeld (CDU) befürwortet ebenfalls die Erstellung eines Gesamtkonzeptes, um das Stadtbild und Sicherheitsgefühl in Eitorf zu stärken. Insbesondere müssten folgende Problembereiche bewältigt werden: Sauberkeit (illegale Abfallablagerung), Sachbeschädigung, ruhender Verkehr, Beseitigung von Angsträumen (z.B. Bahnhof).

BM Viehof erläutert, dass die interkommunale Zusammenarbeit aktuell die kostengünstigste Alternative zur Abarbeitung von Ruhestörungen in Eitorf darstelle. Eine zukünftige Konzeption begrüße er, um einen Synergieeffekt zwischen Polizei, Ordnungsamt, Ordnungspartnerschaft (Polizei / Ordnungsamt), City Streife und KOD Lohmar zu erreichen.

Frau Zorlu (SPD) befürwortet ebenfalls die Erstellung eines Gesamtkonzeptes. Das aktuelle Stadtbild (überquellende Abfalleimer, illegale Abfallablagerung, Vandalismus) ließe deutlich zu wünschen übrig.

Herr Strausfeld stellt im Namen der CDU Fraktion einen Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, mittelfristig ein Konzept zu entwickeln, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Eitorf zu stärken.

Herr Tendler (SPD) ergänzt, dass es sich hierbei um ein gesellschaftspolitisches Problem handele. Die Ursachen hierfür müssten ermittelt werden. Es sei unabdingbar, insbesondere mit den Schulen (Lehrern, Eltern, Kindern) einen engen Austausch anzustreben.

Auf die Nachfrage von Herrn Grendel erwidert BM Viehof, dass die Erstellung des Konzeptes mittelfristig, innerhalb eines halben Jahres, erfolgen solle. Sodann fasst BM Viehof alle Argumente zusammen und lässt über den Antrag der CDU Fraktion abstimmen.